



LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
198 · Ausgabe SO · Januar 2022



SP-REGIERUNGSRÄTIN SUSANNE SCHAFFNER

Ein Rückblick und eine Vorschau in die Zukunft!



Susanne Schaffner beim Contact-Tracing.

Susanne, du bist nun in deiner zweiten Legislatur als Regierungsrätin. Es ist Zeit, Bilanz über die ersten vier Jahre zu ziehen. Wie geht es dir? Wie kommst du selbst mit dem erhöhten Stresslevel aufgrund der Pandemie klar?

Die Bewältigung der Pandemie war und ist anspruchsvoll. Aber nicht nur für mich, sondern für viele meiner rund 1000 Mitarbeitenden im Departement des Innern. Wir müssen stets antizipieren und regelmässig auf die epidemiologische Entwicklung reagieren. Diese Arbeit ist eine Herausforderung. Aber sie bereitet mir nach wie vor viel Freude.

Welche deiner Ziele für diese vier Jahre konntest du umsetzen und erreichen?

Die Annahme des Polizeigesetzes durch die Stimmbevölkerung war ein wichtiger Meilenstein. Auch die dringend nötige Korpserhöhung für die Kantonspolizei konnten wir ermöglichen. Im Gesundheitsbereich haben wir den Grundsatz «ambulant vor stationär» bei verschiedenen Eingriffskategorien konkret geregelt. Zudem konnten wir die Sensibilisierung der Bevölkerung bei den Themen Sucht oder psychische Gesundheit weiter vorantreiben. Im sozialen Bereich haben wir die Aufgaben und deren Finanzierung zwischen Kanton und Einwohnergemeinden in den Bereichen Alter und Behinderung entflochten, um schneller und adäquater auf Entwicklungen reagieren zu können. Auch das Justizvollzugsgesetz konnten wir erfolgreich anpassen und in Kraft setzen.

Gab es Anliegen, die du nicht umsetzen konntest? Und, wenn ja, wieso nicht?

Die Covid-19-Pandemie hat gewisse Arbeiten blockiert. Im Gesundheitsbereich und auch im Sozialbereich mussten Projekte zurückgestellt

werden, weil viele Mitarbeitende über längere Zeit in der Pandemiebewältigung engagiert waren.

Die Legislatur 2021–2025 hat vor kurzem begonnen. Was hast du dir für Ziele für die kommenden vier Jahre vorgenommen?

Wir haben in meinem Departement fünf Schwerpunkte definiert: Wir wollen die Integration vorantreiben, die Inklusion von Menschen mit einer Behinderung fördern, die Gesundheitskompetenz der Menschen im Kanton stärken, die Cyberkriminalität bekämpfen und die häusliche Gewalt reduzieren. Gerade das Thema häusliche Gewalt hat für mich persönlich grosse Priorität. Es braucht hier aber das Zusammenspiel aller betroffenen Stellen: Verwaltung, Justiz und Institutionen. Wir werden eine Koordinationsstelle aufbauen, damit alle Involvierten gemeinsam und noch zielgerichteter gegen häusliche Gewalt vorgehen können. Das ist ein wichtiger Schritt, nachdem wir bereits eine eigene Opferberatungsstelle im Kanton verankert und eine Gewaltberatungsstelle aufgebaut haben.

Du erwähnst das Thema Integration, sei dies von Ausländerinnen



Lenka Reichelt

Susanne Schaffner im Gespräch mit Peter Eberhard, Leiter des kantonalen Gesundheitsamtes.

und Ausländern oder auch von Personen mit einem Handicap. Wie willst du die Integration dieser Gruppen verbessern?

Zunächst einmal wollen wir Hürden in der Verwaltung abbauen, damit sich die Men-

schen besser integrieren können. Die involvierten Behörden arbeiten künftig noch enger zusammen: der Kanton, die Gemeinden und die Sozialregionen. Daneben stellen wir mit Partnern ganz konkrete Angebote zur Verfügung, wie zum Beispiel die Deutsch-Integrationskurse. Eines ist aber klar: Integration wie auch Inklusion sind nur gemeinsam möglich. Es braucht den Willen von Behörden, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürgern, Integration und Inklusion zu ermöglichen.

Die Gesundheit der Solothurnerinnen und Solothurner liegt dir am Herzen. Wie willst du diese fördern?

Die Gesundheit der Bevölkerung ist mir ein grosses Anliegen, und zwar in all ihren Facetten. Zentral sind dabei Prävention und Sensibilisierung. Für die Gesundheitsförderung haben wir im Dezember ein neues, vierjähriges Aktionsprogramm verabschiedet. Mit rund 50 Projekten fördert der Kanton eine ausgewogene Ernährung, ausreichend Bewegung und die psychische Gesundheit

«Die Gesundheit der Bevölkerung ist mir ein grosses Anliegen.»

der Solothurner Bevölkerung. Zudem haben wir ein neues Suchtpräventionsprogramm beschlossen. Der Fokus liegt auf einem umfassenden Jugendschutz. Wir wollen aber auch die breite Bevölkerung zu den Risiken im Umgang mit Suchtmitteln sensibilisieren, seien es illegale Drogen, Alkohol, Tabak oder Geldspiele. Zudem werden wir die künftige Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung angehen. Nicht erst die Pandemie hat gezeigt, dass Hausärztinnen und Hausärzte sowie qualifiziertes Gesundheitsfachpersonal in unserem System enorm wichtig sind.

Für das Interview: Fabian Müller, Parteisekretär

DIE KANTONS RATSSSESSION VOM NOVEMBER 2021 IM ÜBERBLICK

Das Potenzial der Holzenergie im Kanton Solothurn wird nicht ausgeschöpft!

HOLZENERGIEKONZEPT, TEILREVISION VERORDNUNG HÄRTEFALLMASSNAHMEN UND STATIONÄRE ANGEBOTE FÜR ERWACHSENE MIT BEHINDERUNG. DIES WAREN DIE WICHTIGSTEN TRAKTANDEN IN DER NOVEMBERSESSION DES KANTONS RATS. Hardy Jäggi

Holzenergiekonzept im Kanton Solothurn



Im Holzenergiekonzept des Kantons wird beschrieben, dass das Potenzial von Holz zur Produktion von Energie im Kanton Solothurn leider nur zur Hälfte ausgeschöpft wird. Auch bei einer zukünftigen Steigerung des Holzverbrauchs wird das Angebot noch bei weitem genügen. Gemäss *Kantonsrat und SP-Sprecher Matthias Anderegg (SP Solothurn)* zeigt dieser Umstand auf, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Denn Holzenergie kann einen wesentlichen Beitrag an eine vom Ausland unabhängige Energieversorgung leisten. Die laufenden Förderprogramme unterstützen zwar die Holzenergie, es besteht aber noch viel Luft nach oben. In seinem Votum bemerkte Anderegg: «Es ist allgemein bekannt, dass wir im Kanton Solothurn eine grosse Menge an Energieholz haben. Deshalb macht die Förderung der Holzenergie Sinn. Liegt doch der Rohstoff in grossen Mengen vor unserer Haustüre.» Zurzeit wird das kantonale Energiekonzept überarbeitet. Die SP/junge SP wird dranbleiben, damit hierbei auch die Förderung des Solothurner Holzes integriert wird.

Teilrevision Verordnung Härtefallmassnahmen



Bei der Teilrevision der Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit Covid-19 wurden die Kontrollmechanismen präzisiert und wo nötig neue geschaffen. Die Fraktion SP/JSP unterstützte dieses Vorgehen. «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, so *Kantonsrat Philipp Heri (SP Gerlafingen)*. «Zum Schutz der Anständigen, die ihr Härtefallgesuch nach bestem Wissen und Gewissen gestellt haben, ist es wichtig und richtig, dass missbräuchliche Gesuche aussortiert und zurückgewiesen oder sogar gebüsst werden. Es kann und darf nicht sein, dass die Anständigen am Schluss die Dummen sind.»

Stationäre Angebote für Erwachsene mit Behinderung



Die vom Regierungsrat vorgelegte Angebotsplanung im Bereich der stationären Angebote für Erwachsene mit Behinderung wurde vom Kantonsrat angenommen. Die Fraktion SP/junge SP begrüsst die vorliegende Angebotsplanung und ist mehrheitlich damit einverstanden. Es ist ihr aber wichtig, dass nun auch eine Planung für ambulante Angebote erstellt und mit der Planung der stationären Angebote zusammengeführt wird. *Kantonsrat und SP-Co-Parteipräsident Hardy Jäggi (SP Recherswil)* dankte dem Regierungsrat, dass er die Inputs der SP zum Thema Wohn- und Lebenssituation von Menschen mit einer Behinderung im Alter aufgenommen hat. «Noch zu lösen ist allerdings das Problem von jüngeren Menschen mit einer Behinderung, die in einem Alters- und Pflegeheim leben» sagte Jäggi in seinem Votum. Da die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu selten gelingt, fordert die SP/junge SP den Kanton auf, die Schaffung von Integrationsarbeitsplätzen zu fördern.

DIE KANTONS RATSSSESSION VOM DEZEMBER 2021 IM ÜBERBLICK

Finanzen auf Kurs – kein Sparprogramm nötig!

DER KANTONS RAT TAGTE IM DEZEMBER WIEDERUM IM RATHAUS SOLOTHURN; DIE ZERTIFIKATSPFLICHT UND EINE KONSEQUENTE MASKENTRAGPFLICHT SORGTEN FÜR EINEN MÖGLICHST «GESUNDEN» BETRIEB. SCHWERPUNKT IM DEZEMBER IST JEWEILS DIE BUDGETPLANUNG. Mathias Stricker

SP ist erfreut über die Entwicklung der Kantonsfinanzen



Der Voranschlag schliesst über 20 Millionen Franken besser ab als im Finanzplan angenommen. Nach dem sehr guten Rechnungsabschluss 2020 wird eine deutlich bessere Rechnung 2021 als budgetiert folgen. In seinem Votum zum Voranschlag 2022 kommt Simon Bürki (SP Biberist) zum Schluss, dass der Kanton seine Finanzen im Griff habe und diese auch dank der kostenbewussten Arbeit der Verwaltung auf

Kurs seien. Gerade die Pandemie zeige, wie wichtig ein Staat mit gut ausgebauten staatlichen Einrichtungen sei, um auch in Krisen Wirkung zu entfalten. Aus diesen Gründen sei die SP/Junge SP gegen eine grundsätzliche Kürzung der Globalbudgets mit der Rasenmäher-Methode. Für die SP/junge SP ist die Forderung nach einem Sparprogramm nicht nur unnötig, sondern angesichts der aktuell schwierigen Situation mit der Pandemie völlig fehl am Platz!

SP: kein Kahlschlag bei der Bildung



Obwohl das Budget bei der Volksschule bereits plafoniert worden war und die Sachkommissionen eine Million Franken einsparen wollten, erfolgte ein weiterer Kürzungsantrag der SVP (insgesamt drei Millionen Franken!). Dagegen wehrte sich Kantonsrat Mathias Stricker (SP Bettlach). Er sprach von einem schädlichen Kahlschlag, welcher die Qualität der Volksschule gefährden könne. Dank der Vernunft der Ratsmehrheit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Unsere Spitäler haben unsere Unterstützung verdient!

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 13. FEBRUAR 2022: «ABGELTUNG DER ERTRAGSAUSFÄLLE UND MEHRKOSTEN AN DIE SOLOTHURNER SPITÄLER UND KLINIKEN AUFGRUND DER COVID-19-PANDEMIE; DEFINITIVE SCHLUSSZAHLUNG 2020.»

Seit März 2020 stecken wir in der Corona-Pandemie fest. Das betrifft uns alle und hat unseren Alltag verändert. Insbesondere das Gesundheitswesen ist stark belastet. Die Auswirkungen der Pandemie haben die Spitäler und Kliniken im Kanton Solothurn in unterschiedlichem Masse getroffen. Betroffen waren aber alle. Einerseits aufgrund der verordneten Coronamassnahmen durch Mehraufwendungen, sei das für zusätzliches Schutzmaterial oder durch zusätzlichen personellen und organisatorischen Aufwand. Auf der anderen Seite kam es zu Mindereinnahmen aufgrund des Verbotes von Wahleingriffen, welche der Bundesrat im Frühling 2020 angeordnet hatte. Dies, damit die Intensivstationen genügend Kapazität für Covid-Patienten hatten. Die Spitäler waren in dieser Zeit aber nicht ausgelastet. Alles zusammen führte dazu, dass die Spitäler 2020 zum Teil massive Verluste schrieben. Das Gesetz regelt nicht, wer die fi-



Luzia Stocker, Kantonsrätin SP Olten, Präsidentin Sozial- und Gesundheitskommission des Kantonsrats

nanziellen Folgen der angeordneten Massnahmen tragen und für die Verluste aufkommen muss. Es ist nicht zu erwarten, dass der Bund oder die Krankenversicherer diese Kosten mittragen werden. Somit sind aktuell die Kantone in der Pflicht.

Berechnungen sind transparent

Die Berechnungen für die Ertragsausfälle und Mehraufwendungen wurden in fast allen Kantonen anhand einer vom Spitalbranchenverband H+ vorgegebenen Tabelle mit einheitlichen Kriterien erstellt. Die Zusammenstellung der von den Solothurner Spitälern eingereichten Unterlagen zeigt auf, wie sich die Jahre 2019 und 2020 entwickelt haben. Daraus ist der Covid-Effekt ersichtlich, das heisst, es wurde ermittelt, wie sich die Finanzen durch Covid verändert haben. Die eingereichten Anträge der Spitäler auf Ausgleich 2020 wurden durch die Verwaltung geprüft, von einer unabhängigen Revisionsstelle kontrol-

liert und für richtig befunden. Diese Berechnungen zeigen, dass die Solothurner Spitäler AG (soH) den weitest grössten Ausfall hatte und auch den grössten Beitrag erhält.

Ausgleichszahlungen sind nötig

Die Ausgleichszahlung an die soH beträgt für das Jahr 2020 nach Abzug der bereits erhaltenen Zahlungen rund 23,7 Millionen, für die Klinik Pallas sind es 2,87 Millionen. Die Klinik Obach erhält keine Zahlung, da sie im zweiten Halbjahr 2020 ihre Ertragsausfälle kompensieren konnte. Das ergibt die Gesamtsumme von rund 26 Millionen Franken. Abzüglich des Restbetrags der Akontozahlung bleibt der von der Regierung beantragte Betrag von gut 25 Millionen Franken.

Die SP unterstützt die Vorlage

Die SP empfiehlt die Vorlage anzunehmen. Tragen wir Sorge zu unseren Spitälern im Kanton Solothurn.

SP OENSINGEN REICHT MOTION EIN

Konzessionsabgabe auf Strom – zweckgebunden für die Entwicklung der Energiestadt Oensingen

Im Energieleitbild der Gemeinde Oensingen vom 22. Februar 2021 verpflichtet sich die Gemeinde zu Folgendem:

- Unterstützung der Ziele der Energiestrategie 2050 des Bundes, welche vom Schweizer Volk im Mai 2017 deutlich bestätigt wurde.
- Unterstützung des Netto-null-Ziels des Bundesrats von 2019 zur Reduktion der Treibhausgasemissionen auf netto Null bis 2050

Fonds soll eingerichtet werden

Das Erreichen dieser Ziele benötigt finanzielle Mittel. Deshalb fordert die SP Oen-

singen in einer Motion, dass zur Förderung von Vorhaben im Energiebereich sowie zur Erreichung der angestrebten Absenkpfade ein Fonds geschaffen und unterhalten wird. Der Fonds wird gespeist durch jährlich 30 Prozent der eingenommenen Konzessionsabgabe auf Strom.

Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern

Gemäss Nicole Wyss, SP-Kantons- und Gemeinderätin, kann die Gemeinde Oensingen damit Fördermassnahmen mit Hilfe von Anreizen unterstützen, zum Beispiel Energiecoaching für grössere Projekte, Beiträge an



Minergie-Zertifikate, Aufstockung der Förderbeiträge von Bund und Kanton, Mitfinanzierung von Machbarkeitsstudien etc. «Die Motion bewirkt keine zusätzlichen Steuern. Es soll jedoch sichergestellt werden, dass in der Finanzplanung und dem jährlichen Voranschlag minimale Finanzmittel zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien bereitgestellt werden, so dass die Hauptziele der Gemeinde realisiert werden können», so Nicole Wyss.



BÜRO ZU VERMIETEN

Die SP Kanton Solothurn hat einen Büroraum zu vermieten. Das Büro befindet sich am Rossmarktplatz 1 in Solothurn, 5 Minuten vom Bahnhof Solothurn entfernt. Zur gemeinsamen Nutzung gibt es eine Küche, einen Vorraum und den Korridor. In den anderen Räumlichkeiten befindet sich das Sekretariat der SP Kanton Solothurn. Bezug ab 1.3.2022, Nutzfläche 17 m², Miete: 400 CHF/Monat. Interessierte melden sich bei Niels Kruse, Parteisekretär SP Kanton Solothurn, 079 961 07 11, niels.kruse@sp-so.ch

WICHTIGE DATEN FÜR DAS JAHR 2022

- 5. Februar: Parteitag SP Schweiz
- 6. April: Parteitag SP Kanton Solothurn
- 17. August: Parteitag SP Kanton Solothurn
- 20. Oktober: Parteitag SP Kanton Solothurn
- 29./30. Oktober: Parteitag SP Schweiz

Weitere Termine finden sich auch auf unserer Homepage www.sp-so.ch

Jung sein an sich ist kein Programm!

Da bin ich nun also – für den Moment die Jüngste im Kantonsrat. Schon in der kurzen Zeit seit meiner ersten Session im November habe ich sehr oft gehört «du musst jetzt uns Junge vertreten», oder ich wurde gefragt, was denn die Meinung «der Jungen» zu einem Thema sei. Kein Wunder! Wenn man die Zusammensetzung des Kantonsrats nach Alter anschaut, wird schnell klar, dass junge Menschen deutlich untervertreten sind und deshalb den Einzelnen ein grösseres Gewicht zukommt.

Wenn man «jung» etwas weiter definiert und alle Menschen unter 40 dazuzählt, entfallen auf diese Altersgruppe 44 Prozent der Solothurner Wohnbevölkerung. Im Kantonsrat sind allerdings nur 25 von 100 Mitgliedern jünger als 40 Jahre. Währenddessen macht die Altersgruppe 40 bis 79 Jahre 51 Prozent

der Bevölkerung aus, hat aber 75 Prozent der Kantonsratssitze. Für U30 sieht diese Rechnung noch viel übler aus, wir vertreten diese Generationen momentan zu viert.

Wer mich kennt, weiss: Ich kanns mit Menschen aus allen Altersgruppen gut. Ich bin keineswegs der Meinung, dass wir Jungen alles besser machen würden. Aber ich bin überzeugt, dass es für gute Lösungen alle Altersgruppen braucht, und zwar in einer angemessenen Vertretung. Und die ist momentan für junge Menschen nicht gegeben.

Rein rechnerisch könnten wir das Problem etwas entschärfen, indem wir jüngere Menschen zu Wahlen und Abstimmungen zulassen. Zum Beispiel ab 16 Jahren, wie das von verschiedenen Seiten gefordert und in Österreich oder im Kan-

MEIN STANDPUNKT



ton Glarus bereits gemacht wird. Staatskundeunterricht wäre keine Trockenübung mehr, sondern man könnte am eigenen Abstimmungsbüchlein lernen, wie man abstimmt oder wählt. Wer sich schon mit 16 zum ersten Mal richtig mit Wahlen auseinandersetzt, kann sich vielleicht mit 20 auch eher vorstellen, zu kandidieren. Eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre ist deshalb mehr als nur fällig.

Jung sein an sich ist kein Programm, es hält bekanntlich nicht allzu lange hin. Aber dafür einzustehen, dass alle angemessen vertreten sind, ist in meinen Augen wichtig und ein Anliegen, das den Werten der SP entspricht.

Melina Aletti, Kantonsrätin Junge SP Region Olten